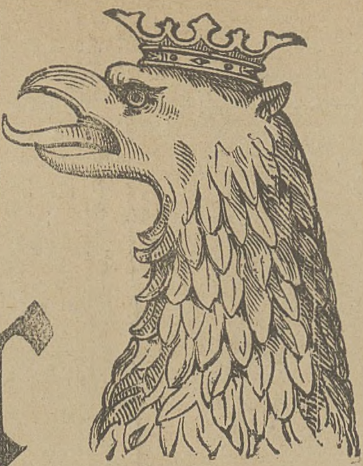
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uh
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner  Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 7. Mai 1882. Nr. 211.

Deutscher Reichstag

4. Sitzung vom 6. Mai.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1¾ Uhr mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher u. A.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Antrages Frohme auf Einstellung des gegen die Abgg. Liebknecht und Kräcker bei dem Reichsgericht, bezw. bei dem Landgericht in Breslau schwebenden Strafverfahrens.

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Unter der Einwirkung des Zusammentagens des Reichstages mit dem Landtage, dessen Ende sich nicht absehen läßt, ist die Präsenz dieses Hauses eine überaus schwache, und da so wichtige Gegenstände heute zur Berathung stehen, so halte ich es nicht für angezeigt, in nicht beschlußfähiger Zahl in die Verhandlung einzutreten. Das Haus ist ohne Zweifel nicht beschlußfähig.

Präsident v. Levetzow erklärt, einem solchen Zweifel nach der Geschäftsordnung nur dann Folge geben zu können, wenn es sich um eine Abstimmung handle.

Abg. Richter: Dann stelle ich den Antrag auf Vertagung der Sitzung.

Nunmehr wird die Auszählung des Hauses vorgenommen, welche die Anwesenheit von 160 Mitgliedern ergiebt.

Das Haus ist hiernach nicht beschlußfähig.

Abg. Frhr. v. Wöllwarth (Lautenburg) bedauert, daß in dieser Weise die Geschäfte des Reichstages aufgehalten würden; die süddeutschen Abgeordneten seien von dort hierhergereist und würden den Arbeiten bereitwillig obliegen. Nun sei aber gestern die Zeit nicht auf die Berathung des hochwichtigen Gesetzentwurfes verwendet, sondern eine nutzlose Geschäftsordnungs-Debatte vergeudet worden und heute seien verschiedene Mitglieder während des Namensaufrufs im Foyer sitzen geblieben, wie sie auf die Aufforderung hineinzukommen erklärten, weil die Sache sie nichts anginge. Er konstatire das hiermit vor der Nation. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Braun richtet an den Präsidenten die Frage, ob er es für zulässig halte, daß ein unbeschlußfähiges Haus debattire.

Der Präsident erwidert, daß geschäftsordnungsmäßige Debatten nach der Praxis des Hauses zulässig seien.

Abg. Rickert protestirt dagegen, daß ein Mitglied die Beschlüsse des Hauses in derselben Weise kritisire, wie dies der Abg. v. Wilwarth gethan und hält ihn für verpflichtet, die Namen der Mitglieder zu nennen, gegen die er derartige Insinuationen geltend gemacht.

Abg. v. Wilwarth erklärt, daß er den Abg. Mayer (Wittenberg) gemeint habe. (Dr. Braun: Sie haben verschiedene Mitglieder gesagt!) Ja, es sind noch verschiedene Mitglieder aufgefordert worden, in den Saal zu kommen.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf Montag 11 Uhr an. Tagesordnung: Gewerbenovelle. Zolltarif.

Schluß 2¼ Uhr.

Deutschland

Berlin, 6. Mai. Tag um Tag dringen herzzerreißende Schilderungen grausamer Verfolgungen, deren Opfer die in Rußland ansässigen Juden sind, durch Europa, und wenn man bedenkt, wie schwer die Kunde von Vorgängen, welche die russischen Behörden möglichst geheim zu halten ein wohlbegreifliches Interesse haben, den Weg nach dem Auslande findet, so muß man leider annehmen, daß gegen die Wirklichkeit die Berichte noch weit zurückbleiben, die in allen Kreisen der gebildeten und gesitteten Gesellschaft Trauer und Entsetzen verbreiten. In Kiew, Warschau, Odessa, Balta und an vielen anderen größeren und kleineren Punkten haben Plünderung, Mord und blinde Zerstörung in einer Weise gewüthet, daß selbst unseren verbissensten occidentalen Antisemiten, wenn sie überhaupt das Recht des Menschen auf Schutz des Lebens und des Eigenthums anerkennen und für die Liebe zu ihren eigenen Angehörigen empfänglich sind, gruselig zu Muthe werden muß. Man sage nicht, daß diese Schreckensnachrichten falsch oder übertrieben, daß sie von der Alliance Israëlite ausgesprengt seien, um ihren schwer bedrängten Glaubensgenossen in höherem Maße, als sie es verdienen, die Sympathien und die werkthätige Unterstützung des europäischen Publikums zuzuwenden. Es liegen zu viele glaubwürdige Mittheilungen aus unparteiischen christlichen Federn über die namenlosen Gräuel vor, welche sich gegenwärtig im Schoße des heiligen Rußland vollziehen, es haben sich bereits zu viele unglückliche Famlien, von Allem entblößt und in dem kläglichsten Zustande über die russische Grenze geflüchtet, als daß, wer immer Sinn für Gerechtigkeit und Menschlichkeit hat, sich diesem Jammer gegenüber länger ungläubig und unthätig verhalten dürfte.

Der Zar ist weit, und Ignatiew ist vorläufig immer noch sein Prophet. Der Zar weiß Alles: er drückt den jüdischen Großbankiers, die ihm die Noth und das Elend ihrer Brüder klagen, seine wärmsten Sympathien für die Unglücklichen und seine tiefste Entrüstung ob solcher Unthaten aus — allein es geschieht Nichts! Er läßt sich von seinem Minister genauen Bericht über die Blutszenen in Balta erstatten — allein es geschieht Nichts! Und die gesammte übrige Welt vernimmt mit dumpfem Grimm, was da drinnen in dem Riesenreiche vorgeht und sieht die Unglücklichen wie die Schattenbilder aus vergangenen trüben Zeiten an sich vorüberwanken nach einer neuen Heimath, welche ihnen die Mildthätigkeit mitfühlender Menschen bereiten muß. Unter dem Aufruf des deutschen Hülfskomitees für die verfolgten russischen Juden stehen zahlreiche Unterschriften angesehener Männer aller Konfessionen und der verschiedensten Berufsklassen, vieler Mitglieder des Reichstages und der Berliner Universität, eines Professors der Theologie und fünf protestantischer Geistlichen. Darauf muß sich die Theilnahme der zivilisirten Welt beschränken, denn Rußland ist ein regelmäßig konstituirter und anerkannter Staat, der keinerlei Einmischung in diese wie in jede „innere“ Frage verträgt. Der Zar, nur der Zar kann helfen, wenn es überhaupt zum Helfen nicht schon zu spät ist.

— In der letzten Zeit ist wieder berichtet worden über mehrfache Zusammenstöße der Truppen mit den Banden auf dem österreichischen Insurrektionsschauplatze. Die Gefechte haben als solche keine Bedeutung; aber daß sie überhaupt und zwar wieder häufiger stattfinden, darf nicht unterschätzt werden. Auf dem Schauspiele der Insurrektion ist noch nicht Alles ins Reine gebracht; das gilt namentlich von der Krivoscie. Der „Pest. Lloyd“ meint, es gebe hier nur eine einzige Möglichkeit, Ruhe und Ordnung zu schaffen: die Vernichtung der Bevölkerung und die Kolonisation ihres Gebiets. Die jüngsten Erscheinungen und Erfahrungen, schreibt das Blatt, haben nur die Ansicht neuerdings bestärkt, welche schon 1869 allen denkenden Beobachtern an Ort und Stelle sich aufgedrängt: daß nämlich ein friedliches Dasein der Krivoscianer in einem Kulturstaat einfach undenkbar ist. So wenig die Irokesen neben den Engländern Platz finden und existiren konnten, und wenig ebenso vermögen die Krivoscianer, das bösartigste und arbeitsscheueste Gesindel, sich irgend einer Ordnung zu fügen. Heute sind sie aus ihrem Gebiet hinausgeworfen und treiben sich nur noch an dem schmalen Saume entlang der montenegrinischen Grenze herum, wo sie gar nicht daran denken, Vernunft anzunehmen, sondern nur wie die Beelzebube in der Bibel „lauern, wo sie was Böses anstiften können“. Während man daher bei den Truppen in der Herzegowina, bald nachdem die Wirkungen der Amnestie in die Erscheinung getreten oder die Assentirung durchgeführt ist, also etwa Ende Mai oder Anfang Juni, eine wesentliche Verminderung wird vornehmen können, wird man die Truppen in Süddalmatien noch so lange auf dem gegenwärtigen erhöhten Stande belassen müssen, bis die im Bau begriffenen Befestigungen vollendet sind und auch kleineren Truppentheilen die Möglichkeit bieten, die jetzt eingenommenen beherrschenden Stellungen gegen etwaige Angriffe der Insurgenten zu behaupten. Auf einen regelmäßigen bestimmten Abschluß der Kämpfe ist hier nämlich nicht zu rechnen, weil — wie erwähnt — nach alldem, was bisher geschehen, ein modus vivendi, irgend eine Art Vereinbarung mit den Krivoscianern uns ein Ding der Unmöglichkeit scheint. Das Ende des jetzigen Zustandes fortwährender Wachsamkeit, gegenseitiger Beobachtung, steter Kampfbereitschaft und zeitweiliger Ueberfallsversuche oder Plänkeleien kann nur durch eine allmälige Versumpfung gefunden werden. Die an der montenegrinischen Grenze sich herumtreibenden Krivoscianer müssen noch einige Male in mißlungenen Ueberfallsversuchen sich die Köpfe blutig rennen, sie müssen Hunger und Durst kennen lernen, bis sie endlich Anwandlung von Kampfmüdigkeit verspüren und in den Schwarzen Bergen, bei ihren Vettern und bewährten Berathern, Unterstand und eine neue Heimath suchen. Dieser Versumpfungsprozeß wird um so rascher von Statten gehen, je rascher die Hoffnungen der Krivoscianer, auch nur die geringste Beute einer Proviantkolonne abzujagen, schwindet. Darum darf man den gegenwärtigen Truppenstand in der Krivoscie vor Vollendung der nothwendigsten Befestigungen nicht vermindern. Nach dem bisherigen Fortgange der Arbeiten zu urtheilen, dürfte dies bei dem Mangel an Arbeiten und der Schwierigkeit, die Baumaterialien von der Küste auf die Plateaux hinaufzuschaffen, mindestens bis Anfang Juli dauern.

— Die Angelegenheit, betreffend die Kommandirung preußischer Offiziere nach der Türkei, deren wir bereits erwähnten, ist, nach der „N. A. Z.“, nunmehr in das Stadium ihrer Verwirklichung getreten. Danach gehen nach der Türkei: Oberst Kähler, Kommandeur des 2. schlesischen Husarenregiments Nr. 6; derselbe soll die Anstellungsfrage für alle beurlaubten Offiziere in der Türkei ordnen und mit den dortigen Behörden berathen, auch soll er die Verhandlungen in Betreff des eventuellen Uebertritts noch anderer preußischer Offiziere mit der türkischen Regierung führen. Ferner gehen als Organisatoren resp. Instrukteure für die entsprechenden Waffen dorthin der Hauptmann Kamphövener vom 79. Infanterieregiment für die Infanterie, der Rittmeister v. Hobe vom 4. Dragonerregiment, Adjutant der 3. Division, für die Kavallerie, der Hauptmann Ristow vom 17. Feld-Artillerieregiment für die Artillerie. — Sämmtliche Herren werden vorläufig auf 3 Monate nach Konstantinopel beurlaubt, nach Ablauf welcher Zeit sie sich zu entscheiden haben, ob sie in türkische Dienste übertreten wollen. Im Fall des Uebertritts ist ihnen der Rücktritt in die preußische Armee mit Zusicherung der Wiederanstellung innerhalb 3 Jahre zugesichert. Sie scheiden aus der preußischen Armee und erhalten in der türkischen Armee einen entsprechend höheren Rang, und zwar der Oberst Kähler den Rang eines Generals, die anderen drei genannten Herren den Rang als Oberst. Die gemeinschaftliche Abreise von Berlin nach Konstantinopel wird etwa am 15. Mai stattfinden.

— In einem sehr bemerkenswerthen Leitartikel verbreitet sich die „Schles. Ztg.“ heute über die „Dissonanzen im Innern“, indem sie dabei namentlich auf das Schicksal einzelner Regierungsvorlagen im Landtag und auf die kurze Beseitigung derselben durch das Abgeordnetenhaus hinweist. Das zitirte Blatt schreibt dabei u. A. Folgendes: „Tief beklagenswerth ist es, daß der Meinungsstreit über die Mittel und Wege, von Reichswegen neue Einnahmequellen für die Einzelstaaten zu erschließen, und über die spezielle Verwendung dieser Mittel auf die gesammte politische Stimmung des Landes in ungerechtfertigter Weise zurückgewirkt hat. An diesem schweren Uebel trägt die Regierung nur den kleineren Theil der Schuld. Der größere und schwerere lastet auf den Parteien. Neue Ideen des Reichskanzlers mag man bekämpfen, Gesetzentwürfe der Regierung mag man ablehnen, zur Erregung von Mißvergnügen im Lande erwächst daraus kein Grund und kein Recht. Ohne jede Rücksicht auf die in den Parlamenten sich kundgebenden Meinungsverschiedenheiten hat die Staatsgewalt das Regiment im Lande in loyalem und durchaus liberalem Geiste geführt, sie hat der oppositionellen politischen Presse das Feld in keiner Weise verschränkt, sie hat das Vereins- und Versammlungsrecht streng respektirt, sie hat von ihrem Bestätigungsrecht für kommunale Wahlen nie einen tendenziösen Gebrauch gemacht, sie hat bei der Berufung zu höheren Staatsämtern nur die Rücksicht auf Befähigung und Bewährung walten lassen, sie hat das Recht nie gebeugt, sie hat für die Förderung von Wohlstand und Gesittung stets gewissenhaft gesorgt und — last not least — sie hat die Fahne Preußen-Deutschlands hochgehalten und den Frieden gewahrt, unsere Macht und unser Ansehen vor der Welt selbst nach Krieg und Sieg zu einer ungeahnten Höhe emporgeführt. Wie haben sich dem gegenüber die Parteien verhalten? Was zunächst die konservative anlangt, deren natürlicher Beruf es war, auf die Stimmung im Lande versöhnend einzuwirken, so hat sie diesen Beruf im Großen und Ganzen nicht erfüllt. Sie hat unter steter Voranstellung ihrer agrarischen Sonderinteressen und unter Begünstigung unklarer sozialpolitischer Bestrebungen die Interessengegensätze nur verschärft. Die Bildung einer Mehrheit aus allen gemäßigt konservativen und gemäßigt liberalen Elementen, wie sie Fürst Bismarck erstrebte und wie sie einzig Gesetze geschaffen hat und zu schaffen vermag, welche dem Volksgeiste entsprechen, hat sie entschieden entgegengewirkt. Die Folge war, daß der Glaube an das von oppositioneller Seite geflissentlich heraufbeschworene Gespenst der Reaktion auch solche Kreise ergriff, welche mit dahin mit Vertrauen auf die Regierung geblickt hatten. Ungleich schwerer aber haben sich die liberalen Parteien versündigt. Mit ehrenwerther Ausnahme einiger größerer gemäßigt liberaler Organe hat die Presse dieser Parteien seit Jahren Alles, was von der Regierung ausging, einer mäkelnden, sogar gehässigen Kritik unterworfen, sie hat die Vorzüge und Schwächen niemals billig gegen einander abgewogen, sie hat Alles aufgeboten, dem Volke die Freude am seinem Vaterlande zu verderben, und Preußen-Deutschland, das doch auch, was seine inneren Verhältnisse anlangt, den Vergleich mit keinem anderen Staate der Welt zu scheuen hat, vor den Augen des Auslandes herabzuwürdigen. Was die parlamentarischen Vertretungen der liberalen Parteien geleistet, wie sie den Reichskanzler theils durch ihr halsstarriges Festhalten an abstrakten Prinzipien und durch ihre Nichtachtung der realen Bedürfnisse des Landes, theils durch Kundgebung parlamentarischer Machtgelüste in diejenige Richtung hineingedrängt haben, gegen welche sie heute ankämpfen, haben wir an der Hand unanfechtbarer historischer Thatsachen wiederholt dargelegt. Heute sind ihre Wortführer, auch im nationalliberalen Lager, dahin gelangt, sogar diejenigen Reformgedanken rundweg zu verleugnen, für welche sie vor wenigen Jahren selbst eingetreten sind und zu deren Verwirklichung sie, als ihr Parteimitglied, Herr Hobrecht, Finanzminister war, die „konstitutionellen Garantien“ forderten. Aehnlich wie Herr Richter in seinem auf Abweisung der Tabaksmonopolvorlage gerichteten Antrag hat Herr v. Benda in seiner jüngsten Rede erklärt, daß es der Beschaffung neuer Mittel von Reichswegen gar nicht bedürfe, um unsere direkten Steuern zu reformiren und die Kommunen zu entlasten. Herr von Benda hält das, was 1879 vom Reichstage bewilligt worden, für diese Zwecke für ausreichend; daß über diese Mittel bereits unter Zustimmung von Reichstag und Landtag vollständig verfügt worden ist, kommt für ihn gar nicht in Betracht. Wie ist bei einer solchen Haltung der Parteiführer noch eine Verständigung denkbar? Wir sehen kaum einen anderen Ausweg, als daß die Regierung alle Reformen ruhen läßt und sich auf die laufende Verwaltung beschränkt, bis sich die Gemüther beruhigt und die Meinungen geklärt haben. Die Sanktion, welche der Bundesrath der Tabaksmonopolvorlage ertheilt hat, ist ausreichende Garantie dafür, daß die Verwirklichung der unabweisbaren Reformen unseres Besteuerungswesens nur eine Frage der Zeit ist.

— In Rheinbrohl mußte vor einigen Tagen bei Gelegenheit der Beerdigung eines protestantischen jungen Mannes das Glockengeläut wieder mit Gewalt erzwungen werden. Nach der Darstellung der ultramontanen „Rh.- und Wied-Ztg.“ langten an dem Tage der Beerdigung der Landrath von Runkel, ein Aufseher und sechs mit Brecheisen, Brechstangen und einem Seile ausgerüstete Arbeiter in Rheinbrohl an. Die Aufforderung, den Kirchenschlüssel zu überreichen, erwiderte der Ortsvorsteher dahin, daß er denselben weder an seinem bestimmten Platze noch sonstwo in seinem Hause habe vorfinden können; er müsse verlegt worden sein. Nun begaben sich Landrath und Bürgermeister und die 6 Arbeiter unter Führung ihres Aufsehers auf verschiedenen Wegen zur katholischen Kirche, während der Ortsvorsteher sich entfernte, angeblich um für Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Ortes Sorge zu tragen. Vor der Kirchthür angelangt, sagte der Landrath zum Polizeidiener Clemen: „Gehen Sie zum Herrn Kaplan und sagen Sie ihm, er möge die Schlüssel hergeben, sonst würde die Thüre erbrochen werden.“ Der Polizeidiener ging und richtete seinen Auftrag aus. Die Herausgabe der Schlüssel zu besagtem Zwecke wurde verweigert. Die Arbeiter sprengten nun die Kirchthür

gewaltsam auf und erbrachen noch weitere zwei Thüren. Während dieses und der späteren Vorgänge ließ sich Niemand sehen. Man läutete mit sämmtlichen Glocken ungefähr eine halbe Stunde lang. Zu Ruhestörungen ist es diesmal also nicht gekommen.

— Die offizielle Einladung des Schweizer Bundesraths an den Gesammtvorstand des Reichstags zu den bei der Eröffnung der Gotthardtbahn in den Tagen vom 22. Mai stattfindenden Festlichkeiten ist heute erfolgt. Auch dem Bureaudirektor des Reichstags, Geh. Rath Knaak, ist eine derartige Einladung zu Theil geworden.

— Der Frontwechsel der Regierungspolitik Irland gegenüber wird in den nächsten Tagen im Parlamente Gegenstand lebhafter Debatten werden. Sir Michael Hicksbeach, unter Beaconsfield Chef-Sekretär für Irland, hat für Montag eine Resolution angekündigt, in welcher die Regierung aufgefordert, die bisher von ihr in der irischen Frage befolgte Politik vor dem Parlamente zu rechtfertigen. Wie die ministeriellen „Daily News“ wissen wollen, sind eine Anzahl Whigs im Unterhause gesonnen, für den Antrag Hicksbeach zu stimmen. Gelingt es Gladstone nicht, die Konservativen mit seiner Rechtfertigung zu überzeugen, so ist von der Opposition ein Tadelsvotum gegen das Kabinet in Aussicht gestellt, von dessen Ausfall das Verbleiben oder der Rücktritt der Regierung abhängt.

— Wie der „Times“ aus Paris vom 5. d. gemeldet wird, sollen die Großmächte nach vorherigem Meinungsaustausch über die egyptische Frage folgende Punkte vereinbart haben: Die Vorgänge in Egypten werden auf das Genaueste überwacht; die Initiative zum Austausch der Ansichten soll auf dem Festlande Frankreich überlassen bleiben unter der Bedingung, daß es sich mit England verständigt. Das Prinzip einer türkischen Intervention, unter welcher Form es auch sei, wird aufgegeben. Tewfik soll so lange auf dem Thron erhalten werden, als sein Verbleiben mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in Egypten verträglich ist. Die Ersetzung Tewfik's durch Halim Pascha seitens der Pforte soll nur auf einstimmiges Ansuchen der Großmächte erfolgen.

Ausland.

Wien, 4. Mai. Auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses standen heute die Mehl- und Mahlprodukte, welche mit 1½ Gulden per 100 Kilogramm belastet werden sollen. Die Mehlzölle sind eine Konzession an Ungarn, denn jene Gegenden, welche bisher wohlfeiles Mehl aus dem Auslande bezogen haben, werden nunmehr gezwungen sein, ungarisches Mehl zu verbrauchen. Die Debatte gestaltete sich zu einem lebhaften Kampf der Müller gegen die Bäcker. Die Müller wünschen den Mehlzoll, damit durch denselben ihre Mahlprodukte gegen die Konkurrenz des Auslandes geschützt werden. Die Bäcker fürchten dagegen eine Schädigung ihres Gewerbes durch den Zoll. Abgeordneter Hallwich trat für die Müller ein, Abgeordneter Reschauer nahm sich eifrig der Bäcker an. Abgeordneter Hallwich meinte: Wenn Fürst Liechtenstein sagte, „der Bauer ist auch ein Mensch, so zu sagen“ — so könne man wohl sagen, „der Müller ist auch ein Mensch“, — und Abgeordneter Reschauer führte den Spruch fort und sagte, „der Bäcker ist auch ein Mensch“. Die Interessen der Bäcker würden durch Einführung der Mehlzölle bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der zollfreien Brodeinfuhr empfindlich geschädigt. Die Brodeinfuhr aus Deutschland sei im letzten Dezennium von 20,000 auf nahezu 34,000 Meterzenter jährlich gestiegen. Der österreichische Bäcker sei in den böhmischen Grenzbezirken auf den Aussterbeetat gesetzt, da er aus Mangel an billigen Verkehrsmitteln inländisches Mehl nicht beziehen könne und daher auf ausländisches Mehl angewiesen sei. Er beantragte deshalb, in den deutschen und italienischen Grenzbezirken die zollfreie Einfuhr des Mehles unter Kontrole zu gestatten. Dr. Rappaport erklärte als Generalredner der Müllerpartei den Mehlzoll als nothwendigen Schutz für die österreichische Mühlen-Industrie, wenn dieselbe nicht in dem ihr von Deutschland aufgedrungenen Kampfe untergehen solle. Dieser Schutz komme nicht bloß der großen Mühlen-Industrie, sondern auch den etwa 56,000 kleinen Mühlen mit einem und zwei Gängen zu Gute. Auch dem Bäckereigewerbe werde der Segen des Mehlzolles zu Theil werden, sobald die durchaus nothwendige Regelung des Verkehrswesens durchgeführt sei. Der Kampf endete mit dem Siege der Müller; der Antrag Reschauer wurde abgelehnt, der Mehlzoll genehmigt.

(Tribüne.)

Paris, 3. Mai. Die Kammern haben gestern ihre durch die Osterferien unterbrochenen Sitzungen wieder aufgenommen, aber sowohl der Senat als die Deputirtenkammer haben sich gestern nur versammelt, um die Tagesordnung für die nächste Sitzung festzustellen. Uebrigens war kaum die Hälfte der Kammermitglieder anwesend und im Senate sah es noch öder aus. Heute Nachmittag herrschte aber in der Salle des pas perdus der Kammer ein lebhaftes Treiben, und morgen werden die beiden Kammern sicherlich die zur Beschlußfähigkeit nothwendige Anzahl von Mitgliedern aufzuweisen haben. Nach Allem, was man hört, sind die Deputirten im Allgemeinen mit unveränderten Gesinnungen aus ihren Departements zurückgekehrt, und die Koalition, welche das Kabinet Gambetta gestürzt und seitdem das Ministerium Freycinet unterstützt hat, wird voraussichtlich noch einige Zeit Bestand haben. Die Erzählungen der Deputirten lauten meistens dahin, daß die Popularität Gambetta's einen schweren Stoß erlitten hat; die Erwartungen, welche man auf seine Leistungen als Ministerpräsident gesetzt hatte, sind so sehr enttäuscht worden, daß die Bevölkerung den Glauben an die großen staatsmännischen Eigenschaften des Exdiktators verloren hat. Dazu kommt noch, daß man jetzt weit mehr geneigt ist, den vielen mehr oder minder verleumderischen Gerüchten Glauben zu schenken, welche über den Reichthum und über die sybaritische Lebensweise Gambetta's von seinen Feinden verbreitet werden. Dagegen wird übereinstimmend von den Deputirten aller Parteien anerkannt, daß die Popularität des Präsidenten der Republik gerade in Folge des von Gambetta erlittenen Fiaskos wesentlich zugenommen hat, und daß im ganzen Lande gewünscht wird, Herr Jules Grevy möge in der bisherigen Weise und mit der bisher von ihm befolgten korrekten Methode mindestens bis zum Ablaufe des Septennats an der Spitze des Staates verbleiben. Ein Deputirter aus den östlichen Departements, der mir gleichzeitig mit einem Senator aus dem Süden von dieser „gesunden“ Popularität des Präsidenten der Republik erzählte, faßte die Situation dahin zusammen, daß der Kongreß unbedingt, dem Willen des Landes folgend, Herrn Jules Grevy auf einen neuen Zeitraum von sieben Jahren wieder wählen würde, wenn in diesem Augenblicke das erste Septennat abgelaufen wäre. Es wäre nun sicherlich wünschenswerth und es würde dem Lande sehr ersprießlich sein, wenn diese günstige Lage auch eine gewisse Beständigkeit der Regierung zur Folge hätte und wenn das Ministerium Freycinet, welches wie keines die Anschauungen des Herrn Jules Grevy wiedergiebt, auf eine möglichst ruhige Existenz und auf einige Dauer rechnen könnte. Daß Ersteres nicht der Fall sein wird, dafür werden außer der äußersten Linken auch Gambetta und seine Anhänger schon Sorge tragen, und was die nächste Ministerkrisis anbetrifft, so ist eine solche nach der Ansicht der Optimisten nicht vor Oktober oder November v. J. zu befürchten. (N.-Z.)

Petersburg, 1. Mai. Wie der „Graschdanin“, das Blatt des Fürsten Meschtscherski, behauptet, wird Novikow nicht wieder auf seinen Posten nach Konstantinopel zurückkehren. Man wirft demselben vor, Rußlands Würde und Interessen am Bosporus nicht genügend gewahrt zu haben; die russische Presse jammerte schon seit längerer Zeit über das allmähliche Schwinden des russischen Einflusses bei der Pforte. Derselben Quelle zufolge soll auch der General-Gouverneur von Charkow, Fürst Swjatopolk-Mirski seines Postens nur wegen grober Nachlässigkeit im Dienste entsetzt worden sein. Den unmittelbaren Anlaß zu seiner Amtsenthebung boten die letzten lärmenden Auftritte, die sich in und vor der Charkower Universität und vor der Wohnung des Universitäts-Kurators abspielten, während welcher sich der Generalgouverneur nach dem „Graschdanin“ wenig schneidig benommen haben soll. Der Kurator weigerte sich nämlich, eine Massenabordnung der Studirenden zu empfangen, welche für einige relegirte Kommilitonen petitioniren wollten. Darüber ergrimmten die Studenten und zogen in großen Schaaren vor des Kurators Haus. Dieser ließ alle Thüren schließen und verrammeln und zeigte sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht vor der tobenden Gesellschaft. Die Studenten versuchten nun, in ziemlich pöbelhafter Weise in das Haus des Kurators einzudringen, wahrscheinlich um demselben in der gleichen Weise mitzuspielen, wie seiner Zeit dem Unterrichtsminister Skaburow, welcher vor Jahresfrist in der hiesigen Aula mit den Fäusten der liebenswürdigen Musensöhne Bekanntschaft machte. Zum Glück widerstanden den Anstürmenden die soliden und fest verbarrikadirten Thüren, sodaß sich die jungen Hitzköpfe, nachdem sie sich weidlich die Fäuste zertrommelt hatten, genöthigt sahen, abzuziehen. Während dieser Auftritte war, wie das in Rußland bei ähnlichen Vorfällen üblich zu sein scheint, weder Militär noch Polizei zur Stelle und deshalb erhielt Swjatopolk-Mirski seinen Abschied.

In der „Nowoje Wremja“ hetzt heute Prof. Kajalowitsch die Polen gegen die Deutschen. Eigentlich wendet der Herr Professor sich zunächst gegen die Polen, denen er Mangel an Selbstständigkeit nachzuweisen sucht, indem er behauptet, die Polen ließen sich durch das Einströmen des Deutschthums immer weiter nach Osten verdrängen. Das beste Mittel, dem Königreich Polen wieder auf die Beine zu helfen, findet Kajalowitsch nun allerdings in einer durchaus nothwendigen Senatorenrevision (à la Ostseeprovinzen) und der darauf folgenden Durchführung russischer Einrichtungen daselbst. Ob die Polen sich wohl gutwillig von Herrn Kajalowitsch glücklich machen lassen werden?

Provinzielles.

Stettin, 7. Mai. Nach einem Beschlusse des Staatsministeriums vom 17. März d. J. sind die Kosten, welche durch die Stellvertretung eines suspendirten Beamten und durch die Untersuchung entstehen, stets sofort auf die betreffenden Etatsfonds definitiv zu übernehmen, der innebehaltene Theil des Diensteinkommens aber bis zur Beendigung des gegen den Beamten eingeleiteten Verfahrens in Rest zu halten und dann je nach dem Ausfall desselben zur Befriedigung entweder des Beamten oder der Staatskasse, hinsichtlich der letzteren in der Art zu verwenden, daß der der Staatskasse zukommende Betrag, sofern nicht aus besonderen Gründen, z. B. wegen einer festgesetzten Geldstrafe, eine besondere Vereinnahmung geboten erscheint, als erspart bei der Restausgabe in Abgang gestellt wird.

— Der Postdampfer „Titania“ ist mit 20 Passagieren in Stettin von Kopenhagen am Donnerstag früh eingetroffen, und mit 28 Passagieren am Sonnabend Mittags nach Kopenhagen zurückgegangen.

— Im Interesse der Angehörigen rc. von Landwehrleuten und Reservisten, welche in nächster Zeit zahlreich zum Dienst mit der Waffe einberufen werden, machen wir darauf aufmerksam, daß die eingezogenen Mannschaften und Unteroffiziere für die Dauer der Uebung rücksichtlich der an sie gerichteten Korrespondenz Portovergünstigung im gleichen Umfange wie die bezüglichen aktiven Linientruppen genießen. Also: 1) volle Portofreiheit für gewöhnliche Briefsendungen bis 50 G., 2) Ermäßigung des Porto's, und zwar sind zu entrichten für Pakete bis 3 Kg. 20 Pf. für Postanweisungen bis 15 M. 10 Pf. Diese Portovergünstigungen werden aber nur wirksam, wenn die bezüglichen Aufschriften den vollausgeschriebenen Vermerk „Soldatenbrief, eigene Angelegenheit des Empfängers“ tragen. Dieser Vermerk ist bei den Paketadressen und Postanweisungen auf den Hauptheil des Formulars, nicht auf den Kupon, zu setzen.

— In der Volksküche wurden vom 30. April bis 6. Mai 1126 Portionen verabreicht.

— Der Dampfer „Olga“, Kapt. E. Pfeiffer, ist Sonnabend Mittag mit 12 Passagieren nach Riga von hier abgegangen.

— Am Freitag Vormittag hat sich in der Nähe des unweit Schwedt belegenen Ortes Radun ein betrübender Unglücksfall ereignet. Es passirten in ziemlich rascher Fahrt fast gleichzeitig zwei Dampfer bei dem Dampfkahn „Friedrich“ aus Magdeburg vorbei. Durch die dadurch verursachte starke Bewegung des Wassers schlugen mehrere Wellen in das im Schlepptau des „Friedrich“ sich befindende Boot, so daß dieses alsbald sank und dem Insassen desselben eine Rettung unmöglich wurde. Er wurde von dem anstürmenden Element mit fortgerissen und ertrank.

— Der Gerichtsassor Dr. Rewoldt bei dem Landgericht in Greifswald ist in die Liste der Rechtsanwälte eingetragen.

Kunst und Literatur.

— Eine Londoner Depesche vom Freitag, 5. Mai meldet den Beginn der Aufführungen des Wagner'schen „Ring des Nibelungen“: In Her Majesty's Theatre begann heute Abend die Aufführung des Bühnenfestspiels „Der Ring des Nibelungen“ mit der Oper „Rheingold“. Der Vorstellung, welche glänzend verlief, wohnten der Prinz von Wales, der Herzog und die Herzogin von Edinburg, der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz bei. Das Haus war überfüllt.

Vermischtes.

— Prinz Karl ist bekanntlich ein leidenschaftlicher Raucher und man erzählt, daß er sich neuerdings eine Zigarrenspitze schneiden ließ, welche in drei Oeffnungen auslaufend, es ermöglicht, daraus gleichzeitig drei Zigarren zu rauchen. Täglich soll der Prinz 18 bis 24 Havanna-Zigarren der schwersten Sorte rauchen und es mitunter lieben, die dreifache Spitze mit verschiedenen Sorten zu laden, um so den Genuß des Rauchens durch eine passende Komposition zu erhöhen. Von einigen Beschwerden abgesehen, welche dem Prinzen ab und zu seine stark entwickelten Krampfadern bereiten und welche ihm namentlich ein längeres Stehen unbequem machen, ist der nahezu 81jährige Herr körperlich wie geistig außerordentlich rüstig. Vor wenigen Tagen erst wohnte Prinz Karl einer Trappenjagd bei. Als General-Feldzeugmeister und Chef der Artillerie liegen dem Prinzen umfassende schriftliche Ausarbeitungen ob, denen er sich Tag für Tag unterzieht. Die Sehkraft des Prinzen ist noch eine so vorzügliche, daß er keiner Brille bedarf.

Kassel, 5. Mai. Heute früh 6 Uhr wurde der Vatermörder Jakob aus Rotenburg a. F. durch das Beil vom Leben zum Tode gebracht. Die Exekution fand im Hofe des Kreisgerichtsgefängnisses statt.

— „Lieber Lieutenant, verheirathen Sie Ihre Schulden,“ ist ein Wort, das jetzt, bei der allgemein herrschenden Stockung im Avancement, recht häufig von älteren Offizieren jüngeren Kameraden gerathen wird. Und diese bunten Schmetterlinge befolgen denn auch recht häufig den wohlgemeinten Rath, suchen ein Goldkäferlein und — wie man sagt — rangiren sich. Dieses Frischvergolden alten armen Adels mit dem Golde, das unsere großen Industrie- und Kaufmannshäuser erwarben, tritt fast zu häufig auf und es ließe sich dagegen eine ganze Geschichte schreiben. Zu Friedrichs des Großen Zeit herrschte das andere Extrem, das ebenso wenig schön war, wie das jetzt grassirende. Damals war es auf das Strengste verboten, daß Offiziere sich mit Bürgermädchen verheirathen durften. „Ich gebe nicht zu — schreibt Friedrich der Große am 4. Oktober 1747 — „daß sich Offiziers mit Kaufmannstöchtern heirathen.“ Und eine Kabinetsordre d. d. Potsdam, 31. Oktober 1746 lautete: „Mein lieber Generallieutenant von Leps. Ich gebe Euch auf euer Schreiben wegen des Lieutenants v. Schwensitzky vorhabenden Heirath mit einer Doktorswittwe hierdurch in Antwort, daß es mir sehr unangenehm ist, wenn Subalternoffiziers heirathen und zumal sich messalliiren wollen. Ihr habet also die Eurigen auf alle Weise davon abzuhalten, als euch für sie wegen solcher Mariagen zu interessiren, denn ihr sonst lauter Bürger zu Offiziers krieget.“ Drei Wochen später schrieb er: „Ich werde zu der vorhabenden niederträchtigen Heirath des Lieutenant von Buttberg mit der Heidereiter Thielen Tochter nimmermehr meinen Konsens geben ertheilen, und sollet ihr, sein Major, ihn davon abhalten oder, wenn er sich daran nicht kehret, in Arrest setzen. Fui Major, woh'r er nur So was vohrschlagen kan!“ — Ja als ein Prinz von Anhalt ein Fräulein von Haßlinger heirathen wollte und um den Heirathskonsens bat, schrieb Friedrich an den Rand desselben das bekannte Wort: „Stinkent Fet und schmierige Buter — ne Finke!“ Ein wenig höflicher motivirte er seine Ablehnung an die Mutter der Braut: „Sollten schon dergleichen Verbindlichkeiten übernommen worden sein, so müssen sie vernichtet und getrennt werden. Die Thränen eines jungen Mädchens versiegen und vertrocknen endlich. Aber einen solchen Flecken in einem regierenden Hause können Jahrhunderte kaum verwischen.“ — Der Freund und Schüler Voltaires ist aus solchen Randbemerkungen und Schreiben freilich nicht leicht zu erkennen. Bei alledem achtete Friedrich den Bürgerstand hoch, nur die Verbindung desselben mit dem Adel wollte er verhindern. Als der darmstädtische Geheimrath Hesse die Heirath von Friedrichs Neffen, dem späteren König Friedrich Wilhelm II., mit der darmstädtischen Prinzessin regulirte, zu den Verhandlungen nach Berlin kam und es für nöthig hielt, sich bei Friedrich II. zu entschuldigen, daß er nicht von Adel sei; da schrieb ihm Friedrich zurück: „Mein lieber Geheimrath, ein ehrlicher Mann ist in meinen Augen vom besten Adel und vom größten Werth; denn seine Tugend glänzt in seinen Handlungen. Er ist mir willkommen. Ich sehe ihn gern bei mir und es wird mir ein Vergnügen sein, einen Vertrauten von meinem alten Freunde kennen zu lernen.“

Telegraphische Depeschen.

Posen, 6. Mai. Aus Gombin (Gouvernement Warschau) erhielt soeben „Dziennik Poznanski“ über die in den letzten Tagen stattgehabten Exzesse folgende authentische Nachrichten. Der Kampf zwischen den Christen und Juden dauerte 10 Stunden. Sämmtliche Schenken und Judenhäuser wurden geplündert und zerstört. Sehr viele Juden sind durch Schüsse verwundet, mehrere Bauern getödtet. Die Stadtbevölkerung besteht zu drei Viertel aus Juden. Der Staatsanwalt ist aus Warschau angekommen. Es wurde Militär aus Anlock und Gostynin requirirt, welches noch jetzt in Gombin anwesend ist. Die Stadt ist vollständig verwüstet.

Karlsruhe, 6. Mai. Der Landtag ist heute durch den Staatsminister Turban mit einer Rede geschlossen worden, in welcher es heißt: Mit der innigsten Freude sehen wir den Landesherrn der völligen Genesung entgegengehen. Die günstige Lage des Staatshaushaltes und die dadurch ermöglichte Herabsetzung der Grund-, Häuser- und Gefällsteuer wird mit Befriedigung zur Kenntniß genommen werden. Beträchtliche Opfer werden für ein Unternehmen (die Höllenthalbahn) gebracht, welches dazu bestimmt ist, die wirthschaftlichen Verhältnisse eines ansehnlichen Theiles des Landes zu heben. Das Gesetz über die Aufbesserung der gering besoldeten Kirchendiener ist in einer Weise zu Stande gekommen, welche, verbunden mit der durch die Wahl des Domkapitels erfolgten Wiederbesetzung des Erzbischofstuhles Freiburg zur aufrichtigen Freude der Regierung geeignet ist, die Erhaltung und Befestigung des bestehenden freundlichen Verhältnisses zu dem katholischen Kirchenregiment zu verbürgen und die friedliche Entwickelung der inneren Zustände des Landes zu födern. Schließlich entbietet der Minister den Landständen Namens des Großherzogs dessen freundlichen Gruß und den Wunsch, daß die Arbeit des Landtags dem Lande zum Segen gereichen möge.

Petersburg, 6. Mai. Wie verlautet, würde General Skobelew, nachdem er wieder gesund ist, in den nächsten Tagen nach seiner Garnison Minsk abreisen.

Der wahnsinnige Matrose Cole (von der Nordpol-Expedition der „Jeannette“) mußte von seinem Reisekollegen Danenhower im hiesigen Irrenhause zurückgelassen werden.

Rom, 5. Mai. Der Papst empfing heute Nachmittag eine zahlreiche irische Deputation, welche erschienen war, um ihm für die Verleihung der Kardinalswürde an den Erzbischof Mac Cabe zu danken und eine bezügliche Adresse zu überreichen. In seiner Antwort belobte der Papst die Beständigkeit der Irländer in den über sie verhängten Prüfungen und ihre Hingebung an den Glauben. Er wies ferner auf die sehr schweren Gefahren hin, denen sie auf dem Wege ausgesetzt seien, auf welchen man sie zu drängen suche und sprach die Hoffnung aus, daß die Irländer nicht von der Mäßigung abweichen und nur legitime Mittel anwenden würden, um das Loos des Vaterlandes zu verbessern. Der Papst beglückwünschte schließlich die irischen Bischöfe zu ihrer Haltung und empfahl dem irischen Klerus und dem Volke, denselben Gehorsam zu leisten.

London, 5. Mai. Am Donnerstag wurde ein irischer Grundbesitzer auf offener Straße in Nähe von Swinford, Graf Mayo, von einem Manne angegriffen, welcher einen Pistolenschuß, jedoch ohne zu treffen, gegen ihn abfeuerte. Der Angegriffene zog einen Revolver und erschoß seinen Gegner. Der angegriffene Grundbesitzer war auf dem Wege zum Gericht in Foxford, um einige seiner ehemaligen Pächter zu verklagen, welche sich gewaltsam der Gehöfte, woraus sie vertrieben, bemächtigt hatten.

Nach Newyorker Berichten betrug der Verlust der Mexikaner im Kampfe mit den Indianern am Dienstag 27 Todte und Verwundete. Man erachtet diesen Kampf als Todesstreich des Aufstandes. Die Indianer tödteten während der letzten Tage 141 Weiße und Mexikaner.

Washington, 6. Mai. Eine Depesche des Ingenieurs Melville von der „Jeannette“ an den Sekretär der Marine, datirt aus dem Delta des Lenaflusses vom 24. März, meldet, daß er den Lieutenant Delong und seine Gefährten todt aufgefunden habe. Melville setzte seine Nachforschungen nach dem Lieutenant Chipp, dem Kommandanten der zweiten Schaluppe, fort.